Abonnementspreis
In der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 470. **Mittwoch** den 14. September 1892. 86. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die neuen vom Kaiserlichen Gesundheitsamt zusammengestellten
„Schutzmaßregeln gegen Cholera"
sind das Stück zu 10 ₰ auf den Sanitätswachen erhältlich.
Leipzig, den 13. September 1892.
Die Direction der Sanitätswachen.
Dr. Ahmus.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 5. bis 11. September 1892 im Argandbrenner bei 150 Litern stündlichem Consum das 18,6fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.
Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,436.
Leipzig, am 12. September 1892.
Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Hausgrundstück Gerichtsweg Nr. 6 in Leipzig-Lindenau ist die in der 2. Etage (Dachgeschoß) rechts gelegene Wohnung, bestehend aus einer Stube, zwei Kammern und Küche vom 1. October ds. Js. ab für den jährlichen Miethzins von 100 ℳ anderweit zu vermiethen.
Miethgesuche werden auf dem hiesigen Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.
Leipzig, den 10. September 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 3709. Dr. Georgi. Wagner.

Holzversteigerung.

Sonnabend, den 17. September d. J., Nachm. 2 Uhr sollen auf dem Dresdner Bahnhofe in Leipzig — an der Productenladestraße in Neustadt —
750 Stück alte kieferne } Bahnschwellen
u. 1600 m „ eichene }
unter zuvor bekannt zu gebenden Bedingungen meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.
Königl. Eisenbahnbetriebsamt II Leipzig.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Synagogenkarten findet
Mittwoch, den 14. September, Nachmittags 3—4 Uhr, und
Donnerstag, den 15. September, Vormittags 10—12 Uhr,
in der Gemeindekanzlei (Synagogengebäude, 1 Treppe hoch) statt.
Den bisherigen Inhabern bleiben ihre Plätze bis **Donnerstag, den 15. September, Mittags 12 Uhr,** reservirt; über die bis zu diesem Zeitpunkte nicht in Empfang genommenen Karten wird anderweitig verfügt.
Wir bitten, bei Abholung der Karten die bisherigen Karten und die diesjährigen Gemeindesteuerquittungen mitzubringen.
Leipzig, 13. September 1892.
Der Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Gasthaus-Versteigerung.

Auf Antrag der **Altgemeinde zu Trieb** soll das derselben gehörige, 15 bez. 25 Minuten von den Eisenbahnhaltestellen Reichmannsmühle und Borthmühle gelegene, von Sommerfrischlern gern besuchte, neuerbaute **Gasthaus „Zu den drei Linden" zu Trieb,** in welchem seither Materialwarenhandel mitbetrieben worden ist, **sammt dem zugehörigen Inventar** durch das untergezeichnete Amtsgericht
Mittwoch, den 21. September 1892, Nachm. 3 Uhr
in Trieb an Ort und Stelle meistbietend zum Verkauf gebracht werden.
Das Gebäude — mit 11250 ℳ Brandkasse — befindet sich mitten im Dorfe, ist von einem ca. 25 □R. großen Garten umgeben, hat Wohnungen für Sommerfrischler, sowie Tanzsaal und gute Stallung. Zur Anzahlung sind 1000 ℳ erforderlich, der dritte Theil der Kaufsumme hat bei der am 1. October a. c. in Aussicht genommenen Uebergabe des Grundstücks zu erfolgen.
Pirna, am 12. September 1892.
Königl. Amtsgericht.
Kiten.

Bekanntmachung.

Der auf den 19. und 20. September cr. fallende **Kram-, Roß- und Viehmarkt** in der Stadt **Bitterfeld** ist aufgehoben.
Bitterfeld, den 12. September 1892.
Der Magistrat.
A. Dippl.

„An die öffentliche Meinung Deutschlands von einem Russen."

Den obigen Titel führt eine anonyme Schrift, die den Zweck verfolgt, die deutsche Presse zu unbefangener Beurtheilung der russischen Politik zu veranlassen, damit die Mißverständnisse und Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland ausgeglichen werden. Der Gedankengang des Verfassers hierbei ist folgender: Er findet den Grund der russenfeindlichen Strömung in Deutschland darin, daß der Deutsche sich seit mehreren Generationen daran gewöhnt hat, Rußland als ein Ausdeutungsfeld zu betrachten und die Russen einigermaßen als untergeordnete Wesen anzusehen, welche culturell nur unter Leitung des Germanen zu gedeihen und fortzuschreiten im Stande sind. Das Erwachen des russischen Selbstgefühls nach Errichtung der deutschen Einheit wurde in Deutschland Panslawismus genannt. Die Russificirung einiger Provinzen bezeichnet man als politische Verfolgung, die Bekämpfung des Proselytenthums und der Verunglimpfung der Staats-Religion durch baltische Pastoren erschien den Deutschen als religiöse Verfolgung. Die Zollerhöhungen zum Schutze des nationalen Gewerbes wurden als ausschließlich gegen die Einfuhr aus Deutschland gerichtete Maßnahmen betrachtet. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wurde Rußland dargestellt, als hätte es sich Frankreich blos zum Verderben Deutschlands genähert und nicht, wie es in Wirklichkeit der Fall ist, um der Uebermacht des Dreibundes ein Gegengewicht zu schaffen.

Die Handlungsweise Rußlands im Orient wurde unaufhörlich mit der maßlosesten Parteilichkeit verleumdet, so daß sich zuletzt die aufgeklärtesten deutschen Blätter den Anschein geben, an die Echtheit russischer diplomatischer Schriftstücke zu glauben, in denen Dynamit zum Zweck der Ermordung Ferdinand's von Coburg verlangt wird: dies Alles, ohne zu bedenken, daß Rußland es seiner übermäßigen Vertragstreue allein zu verdanken hat, wenn es durch Aufrechthaltung des Berliner Vertrages nach der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien seine Popularität und seinen durch ein siegreiches und erlösendes Schwert nach dem türkischen Feldzug so theuer erkauften Einfluß verscherzt hat. Statt dem gegenüber eine unparteiische Haltung zu bewahren, sei ein Theil der deutschen Presse bemüht, zu dem beizutragen, was auf diesem heiklen Boden Rußlands Eigenliebe kränkend seine Rechte zu verletzen und seine überlieferte Politik zu durchkreuzen geeignet ist.

Niemals unterlasse es die deutsche Presse, Zwietracht zwischen Rußland und andern Staaten zu säen, wie es stets England gegenüber der Fall sei, indem die geringste Bewegung russischer Truppen in Mittelasien tendenziös aufgebauscht und als ein Vormarsch gegen das indische Reich geschildert werde.

In diesem Sinne geht es fort, bis der Verfasser die Folgen eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland zum Gegenstande der Betrachtung macht und zu dem Schlusse kommt, daß ein solcher Krieg im besten Fall für Deutschland den wirthschaftlichen Ruin, für Rußland im schlimmsten Fall ein Hinausrücken der Erfüllung seiner historischen Mission im Orient bedeuten würde, an deren endgiltigen Erfolg jeder Russe unerschütterlich glaube.

Die Forderung des Verfassers an die Deutschen lautet hiernach, daß sie den Russen weder moralisch noch physisch in die Quere kommen. Und dazu soll die deutsche Presse mitwirken dadurch, daß sie es vermeidet, die Ergebnisse des Tages in einer für die Russen kränkenden Form zu beurtheilen und auszulegen.

Das ist das Ergebniß, zu welchem ein Mann gelangt ist, der von sich sagt, daß er 15 Jahre in Deutschland zugebracht, und von diesen neun in einer Stellung, die ihm ermöglichte, zu wissen, zu sehen und zu hören, was in den höchsten politischen Kreisen gedacht, gethan und gesprochen wird.

Es ist in der That schwer, solchen Auseinandersetzungen und Zumuthungen gegenüber diejenige Ruhe zu bewahren, welche für eine rein sachliche Erwiderung geboten ist. Das Erwachen des russischen Selbstgefühls nach dem deutsch-französischen Kriege gab sich bekanntlich dadurch kund, daß Rußland den Pariser Vertrag vom 30. März 1856 zerriß, welcher den russischen Kriegsschiffen das Schwarze Meer verschloß. Dann folgte im Jahre 1877 der Krieg gegen die Türkei, dessen Erfolge freilich weit hinter den russischen Erwartungen zurückblieben, aber doch als Grundlage für die Unterwerfung der Balkanhalbinsel unter den russischen Einfluß angesehen wurden. Daß diese Unterwerfung nicht stattfand, hat Rußland nur seinem Ungestüm zu verdanken, das an Stelle ruhigen systematischen Vorgehens zur Geltung kam und die Bulgaren darüber aufklärte, was ihrer warte, wenn sie sich dem russischen Joche beugten.

Der Verfasser der Schrift rechnet es Rußland zum besonderen Verdienst an, daß es aus übergroßer Vertragstreue den Berliner Vertrag auch noch nach der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien als zu Recht bestehend angesehen und seine Popularität und seinen Einfluß in Bulgarien verscherzt habe.

Der Verfasser scheint vergessen zu haben, daß Fürst Alexander von den Verschwörern Gruew und Benderew, die sich noch heute des besonderen Wohlwollens der russischen Regierung erfreuen, im August 1886 bei Nacht aus dem Bett geholt und auf einem Dampfer entführt, und daß nach seiner Abdankung General Kaulbars nach Bulgarien gesandt wurde, um die russische Schutzherrschaft über das Land aufzurichten. Wenn dieser Anschlag gegen die Selbstständigkeit Bulgariens mißlang, so ist das nicht der Vertragstreue Rußlands, sondern seiner schrankenlosen Herrschsucht zu verdanken, deren Kundgebungen die Bulgaren rechtzeitig vor einer zu innigen Verbindung mit Rußland zurückschreckten. Daß die deutsche Presse die von der „Swoboda" veröffentlichten Actenstücke für echt hält, ist nicht ein Zeichen von Uebelwollen gegen Rußland, sondern gründet sich auf die Erfahrungen, welche die Welt mit Rußland seit dem Anschlag auf die Freiheit des Fürsten Alexander von Bulgarien gemacht hat. Nur der Vollständigkeit halber wollen wir an die Verschwörung Panizza's und an die Ermordung von Balkowitsch und Beltschew erinnern. Diese von Rußland gebilligten Schandthaten schreien zum Himmel und werden nicht blos von Deutschland sondern von dem gesammten civilisirten Europa — das freiheitliche Frankreich ausgenommen — verurtheilt.

Der Verfasser der Schrift verlangt auch von der Presse in Deutschland, daß sie nicht Zwietracht zwischen Rußland und England säen und Lärm schlagen soll bei jeder Bewegung russischer Truppen in Mittelasien, als ob sie den Vormarsch gegen das indische Reich bedeute. Hat der unbekannte Herr vergessen, daß die Russen Merw besetzt haben entgegen der ausdrücklich übernommenen Verpflichtung, diese Besitzergreifung nicht zu vollziehen? Ist ihm entgangen, daß General Komarow im März 1885 die russische Einflußsphäre bis nach Bala Murghab vorgeschoben hat? Darf man unter solchen Umständen die Unternehmung des Oberst Janow als unerheblich ansehen?

Der Dreibund richtet sich nach der Ansicht des Verfassers gegen Rußland, und dieses handle nur im Interesse seiner Selbsterhaltung, wenn es sich an Frankreich anschließe, um der Uebermacht des Dreibundes ein Gegengewicht zu bieten. Das hätte einen Sinn, wenn nicht in der Schrift wiederholt von der Mission die Rede wäre, die Rußland auf der Balkanhalbinsel zu erfüllen habe. Deutschland hat keine Mission zu erfüllen, es will nur in Frieden leben und sich seiner endlich gewonnenen Einheit freuen, damit es aber dazu in den Stand gesetzt wird, muß es eine leider sehr schwere Rüstung tragen, um sich seiner Feinde erwehren zu können. So weit treiben wir unsere Gleichgiltigkeit bezüglich dessen, was Rußland thut, nicht, daß wir die Russificirung der zum Theil deutschen Ostseeprovinzen ohne jede Regung des Schmerzes theilnahmlos hinnehmen, oder daß wir die Hindernisse, die der freien Religionsübung protestantischen Pastoren in diesen Provinzen bereitet werden, als gerecht und unvermeidlich betrachten. Wir halten diese Russificirung für ein Unglück, das sich zunächst an Rußland selbst in der schwersten Weise rächen muß. Und bleibt denn die Russificirung bei den Deutsch-Russen stehen, sind denn nicht auch die Finnländer trotz ihrer verbrieften Rechte davon ergriffen? Und was haben denn die Ruthenen verbrochen, daß man ihre Eigenart gewaltsam vernichten will? Wenn der Despotismus in Rußland in der schlimmsten Form waltet, so geht das zunächst Rußland allein an, wenn aber dadurch unsere Stammesgenossen mitbetroffen werden, so ist das für uns Deutsche schmerzlich, und wir geben dieser Empfindung den Ausdruck, den dieses schreiende Unrecht verdient. Wir könnten die Erwiderung ins Ungemessene fortspinnen, wir müssen es uns aber mit Rücksicht auf den uns zu Gebote stehenden Raum an dem Gesagten genügen lassen.

Deutsches Reich.

§§ **Berlin,** 13. September. Finanzminister Dr. Miquel ist bereits Sonnabend nach Berlin zurückgekehrt. Er hat sich nur einen vierwöchigen Urlaub gegönnt, um seine ganze Kraft sofort wieder in den Dienst des Staates zu stellen. Aber im weitesten Sinne des Wortes. Denn wie es schon vordem der Fall war, daß der preußische Finanzminister auch in politischer Hinsicht alle anderen Ressorts in bedeutender Weise beeinflußte und sich ganz besonders als „Staatsminister" bewährte, so hat sich dieses Verhältniß seit Herrn Miquel's Eintritt ins Amt noch mehr geltend gemacht. Doch ist sein Einfluß auch in der Reichsverwaltung ein ganz hervorragender, und der Reichskanzlersecretair Herr v. Maltzahn beugt sich willig vor der geistigen und politischen Bevormundung Miquel's. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Lösung der finanzpolitischen und finanztechnischen Schwierigkeiten, welche die neue Militairvorlage bietet, wenn auch nicht formell, so doch thatsächlich in erster und letzter Reihe Miquel zufällt, und die Verwunderung einzelner Blätter darüber, daß die „Deckungsfrage" den Gegenstand ernster Erwägungen im preußischen Staatsministerium bilden muß, ist nicht recht verständlich. Nur indirect hängt diese Frage mit der preußischen Steuerreform zusammen und jetzt erst wird sie „in Fluß kommen". Ende der nächsten Woche ist das preußische Staatsministerium wieder vollzählig in Berlin versammelt, und alsdann dürfte wohl auch eine Sitzung desselben abgehalten werden. Die (von uns nicht erwähnte — d. Red.) Meldung des Wolff'schen Bureaus, daß gestern eine solche stattgefunden, ist unbegründet. — Wir glauben nicht, daß es in irgend einer Partei Leute giebt, welche sich als fanatische oder begeisterte Steuerzahler bezeichnen würden, aber verständigerweise muß doch für jede Ausgabe, welche unbedingt nothwendig erscheint, auch die Deckung gesucht und gefunden werden. Und so erscheint uns denn auch die Kritik aller Vorschläge wohl angebracht und berechtigt; durchaus verwerflich, weil nutzlos agitatorisch verhetzend, erscheint es uns aber, wenn man sich einfach allen Vorschlägen gegenüber von vornherein ablehnend verhält. Es wäre erwünscht, wenn die demokratischen Parteien doch einmal versuchen wollten, diese Haltung aufzugeben und bessere Vorschläge zu machen. Wir sind gern bereit, das Gute überall anzuerkennen und auf rein sachlichem Boden mit den Freisinnigen zu discutiren. Aber darauf möchten wir doch hinweisen, daß es vornehmlich im Interesse der Förderung der liberalen Ideen liegt, ohne Vorurtheil und ohne Voreingenommenheit die Vorlagen der Regierung zu prüfen. Das Wesen aller Politik liegt im Compromiß, und wir haben unsere Aufgabe darin zu suchen, mit der Regierung zusammen zu arbeiten zum Wohle des Vaterlandes, nicht aber die Regierung als solche zu bekämpfen. Gewisse Aufgaben müssen durch die Regierung mit den Parlamenten gelöst werden, und wenn wir die Stellung des Centrums und der äußersten Rechten nicht stärken wollen, müssen wir der Regierung loyal gegenüber treten. Das haben die Nationalliberalen alle Zeit und unter allen Umständen gethan.

* **Berlin,** 13. September. (Telegramm.) Die „Nationalzeitung" erfährt von zuverlässiger Seite über die Unterredung des Kaisers mit dem New-Yorker Pianofortefabrikanten Steinway: Auf die Bemerkung Steinway's, die Deutschen würden dem Kaiser einen sehr warmen Empfang bereiten, falls er die Ausstellung besuchte, sagte der Kaiser: „That is not at all impossible." (Da ist keineswegs unmöglich.) Im Fortgange der Unterredung wurde die Frage nicht weiter berührt, namentlich auch ein Besuch in Chicago nicht in bestimmte Aussicht gestellt.

— Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben:

Wenn bei der Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, das Kleingewerbe, die Seefischerei ꝛc. der Sparsamkeitsgesichtspunkt in erster Reihe stehen soll, so wird man ihm vornehmlich in der Gestaltung des Verfahrens bei den Feststellungen der Entschädigungen Rechnung tragen können. Im Unterschiede vom Verfahren bei der Invaliditäts- und Altersversicherung, bei welchem es sich nur um die Feststellung von Renten handeln kann, sind bei der Unfallversicherung auch Kosten für das Heilverfahren, Verdingungskosten u. s. w. festzustellen. Nach dem Unfallversicherungsgesetze vom 6. Juli 1884 liegt diese Aufgabe der Genossenschaft ob. Die letztere legt durch Statut fest, ob der Genossenschafts- oder der Sectionsvorstand über die Höhe der zu bewilligenden Kosten entscheidet. Jedenfalls tritt hier immer ein ganzes Collegium in Thätigkeit. Bei der Unfallversicherung für das Handwerk würde es sicherlich viel zu beschwerlich, auch, da die Organisation kaum so auf ehrenamtliche Thätigkeit gegründet werden kann, wie bei der bisherigen Unfallversicherung, zu kostspielig sein, die Feststellung der genannten Kosten den letzteren Verwaltungsstellen zu übertragen. Es wäre vielmehr angezeigt, diese Aufgabe den Vertrauensmännern, die auch hier in den einzelnen Orten gewählt werden müssen, zuzuweisen. Ja, man könnte wohl gar erwägen, ob es nicht angezeigt wäre, den Vertrauensmännern auch die Feststellung der vorübergehenden Renten zu übertragen. Jedenfalls würde dabei der ganze Verwaltungsapparat viel schneller arbeiten, als wenn die Feststellung aller Entschädigungen am Sitze der letzteren Stellen erfolgen müßte. Gegen einen Mißbrauch dieser Befugnisse wird durch die Möglichkeit der Berufungen an die Schiedsgerichte Vorsorge getroffen sein. Die Schiedsgerichte für die neue Unfallversicherung brauchten auch nicht besonders geschaffen zu werden. Wenn die Organisation der Unfallversicherung des Handwerks territorial gebildet würde, so würde sich von selbst die Uebertragung der Schiedsgerichtlichen Functionen dieser Versicherungsart an die Schiedsgerichte ergeben, welche für die Alters- und Invaliditätsversicherung gebildet sind und von welchen in Preußen bekanntlich in jedem Kreise eines vorhanden ist.

— Der „Pester Lloyd", der bekanntlich den Vorzug genießt, von der gegenwärtigen Regierung zu offiziösen Kundgebungen benutzt zu werden, orakelt wieder einmal in der bekannten Weise über die Stellung des Herrn Reichskanzlers zu den Parteien. Es wäre ungerecht, wollte man die Ehrlichkeit der Absicht, alles in der alten Unklarheit zu lassen, irgendwie in Zweifel zu ziehen. Das auswärtige Blatt schreibt:

„Sowohl gegenüber den Lobeserhebungen des Centrums als auch gegenüber den Anfeindungen, die er deshalb zu erdulden hat, hält Graf Caprivi still. Die Zeit, sich darüber auseinanderzusetzen, wird erst, wie schon einmal erwähnt, mit den parlamentarischen Debatten des Winters gekommen sein. Dann wird sich herausstellen, daß ihm mit Unrecht eine bedenkliche Vorliebe für das Centrum nachgesagt wird. Als Staatsmann, der über den Parteien stehen soll, kann er, ohne daraus den kirchlichen Machtansprüchen des Centrums zu unterliegen, doch nicht verkennen, daß diese Partei die weitaus überwiegende Mehrheit des katholischen Deutschlands vertritt und ein neuer Culturkampf ein schweres Unglück für das gesammte Deutschland wäre. Das schließt zugleich ein, daß die Kräfte der nationalliberalen Antipoden des Centrums nicht nach dem großen Maßstabe, den sie selber anlegen, gemessen werden können. Was insbesondere die Militairvorlage betrifft, so ist dem Reichskanzler sicher die Unterstützung jeder Partei willkommen, so daß er das Gesetz, wenn es geht, auch mit den Freisinnigen (!) zu Stande bringen wird. Es hängt wesentlich von dem Verhalten der liberalen Parteien ab, inwieweit er sich auf die Hülfe des Centrums angewiesen sehen mag."

— Wir erwähnten bereits die Angabe der „Schles. Z.", daß zur Deckung der durch die Militairvorlage bedingten Mehrausgaben die Erhöhung bestehender indirecter Reichssteuern ins Auge gefaßt werde. Jetzt bezeichnet eine Correspondenz dieses Blattes als diese Steuerobjecte speciell Branntwein, Tabak und Bier, erklärt es aber für fraglich, ob daraus so viel mehr herauszubringen sein wird, als die Militairvorlage an dauernden Mehrausgaben erfordert. „Man wird, schreibt der Correspondent, für den Fall, daß sich eine einträgliche Mehrbelastung bei einem oder dem anderen dieser Steuerobjecte als schwer durchführbar erweisen sollte, mit der Möglichkeit von Vorschlägen, die die Reichsstempelabgaben anziehen, zu rechnen haben. In der That sollen sich auch hierauf die Verhandlungen erstrecken, die mit den Bundesregierungen eingeleitet sind."

— Zur Militairvorlage schreibt die „Post": Hinsichtlich des organisatorischen Theils, glauben wir, haben die Leser nicht viel ihnen ganz Fremdes darin zu erwarten. Von großem Interesse ist es aber jedenfalls zu erfahren, wie ohne Aenderung der grundlegenden Gesetze die in Aussicht stehende starke Vermehrung des Recruten-Contingents vorgenommen werden kann. Zunächst gilt es doch, die noch erhebliche Zahl der Reste des 3. Jahrgangs der Infanterie, welche bisher nicht zur Entlassung kamen, durch Recruten zu ersetzen, um den bisherigen Friedensstand zu sichern, dazu kommen die zahlreichen Mannschaften der sonst geplanten Vermehrungen und Neubildungen. Durch die Erhöhung der Friedenspräsenz wird dem Anschein nach fast die ganze bisherige Ersatzreserve in Anspruch genommen werden. Wenn ist bisher der sonstigen Consequenzen der Militairvorlage, namentlich hinsichtlich des militairischen Lehrinstituts, gedacht worden. Ueber Alles das wird dann hoffentlich authentische volle Aufklärung werden.

— Die preußische Regierung hat Erhebungen über die sogenannte Sachsengängerei angestellt. Wie verlautet, ist man mit den Ergebnissen durchaus nicht unzufrieden. Namentlich in Schlesien ist die Auswanderung der Arbeiter in die westlichen Gebiete der Monarchie sehr zusammengeschrumpft. Nur in einzelnen Kreisen in der Nähe der polnischen Grenze hat man über Mangel geklagt, welcher durch Heranziehung russischer und galizischer Kräfte beseitigt worden ist.

— Eine am Sonntag hier abgehaltene, aus Berlin, Breslau, Magdeburg, Braunschweig, Leipzig und Wien beschickte Conferenz socialdemokratischer Handlungsgehilfen und Hausdiener beschloß die Gründung einer centralisirten, das ganze Reich umfassenden Organisation der Berufsgenossen, sowie die Herausgabe eines eigenen Organs für Kaufleute.

— Der Cultusminister hat in Folge von Anfragen verschiedener Regierungen sich veranlaßt gesehen, zu bemerken, daß eine Aenderung der bisherigen von den Anstellungsbehörden geübten Praxis bei Entlassungen von Lehrerinnen im Falle ihrer Verheirathung nicht beabsichtigt ist. Nur für den Fall, daß über das Ausscheiden der Lehrerinnen nach ihrer Verheirathung etwas Bestimmtes festgesetzt war, soll künftig die Bestimmung Platz greifen, daß die feste Anstellung der betreffenden Lehrerin im Falle ihrer Verheirathung mit dem Schlusse des Schulsemesters ihr Ende erreicht.

— Ueber einen angeblichen Besuch Tippu-Tip's in Berlin, dem in Hinsicht auf die Antisclaverei-Bewegung eine Bedeutung beizumessen wäre, ist, nach dem „H. C." maßgebenden Ortes nichts bekannt.

— Der Director der handelspolitischen Abtheilung des Auswärtigen Amts, Wirkliche Geheime Legationsrath Reichardt, ist vom Urlaube zurückgekehrt.

— Der Compagnie-Führer in der kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika, Langheld, ist auf vier Monate nach Deutschland beurlaubt und hier eingetroffen.

* **Glogau,** 12. September. Eine Anzahl hiesiger Einwohner, darunter der Bürgermeister, zwei Magistrats- und elf Stadtraths-Mitglieder versenden eine Ehrenerklärung für den Correspondent-Flieder Adolf Schiff, welcher bekanntlich an einen seiner Capitaine einen Brief gerichtet hatte, worin er seine Freude über den Verlust der Schiffe „Hugo" und „Rebecca" und zugleich sein Bedauern über die Rettung der Schiffsmannschaft ausdrückte. In dieser Ehrenerklärung heißt es: „Wir schenken auch seinen Worten, daß in dem Schlußsatze seines Briefes das Wort „leider" auf einem Flüchtigkeitsfehler beruht, den vollen Glauben und ist jede unlautere Erklärung vollständig ausgeschlossen und durch nichts begründet." Um unsere Leser selbst urtheilen zu lassen, welche Erklärung die „lautere" ist, geben wir den fraglichen Satz hier nochmals wieder:

„Hugo" und „Rebecca" habe ich total verloren und freue mich, die Assecuranzgelder eingeheimst zu haben; leider ist bei beiden Schiffen die Mannschaft gerettet. Der „Hugo" ging in der Südsee, die „Rebecca" in Sarawilla verloren.

* **Gelsenkirchen,** 12. September. Gestern fand hier eine öffentliche Bergarbeiterversammlung für die Zahlstellen Gelsenkirchen 1, 2 und 3, Schalke, Ueckendorf, Hessler und Bulmke statt, zu der eine Anzahl Delegirte aus anderen Bezirken erschienen waren. Die Tagesordnung betraf die